

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M. in voraus zahlbar. Für Post-Zustellung außerhalb Groß-Berlins 15 M. in voraus zahlbar. Unter Streifenband besorgen für Deutschland, Österreich, Ungarn, Dänzig, das Elsaß u. Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostpreußen u. Litauen 20 M. in voraus zahlbar 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Österreich-Ungarn 95 M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80b.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Anrufung des Völkerbunds

Paris, 12. August.

Der Oberste Rat hat in seiner heutigen Vormittags-Sitzung folgende Resolution angenommen: Der Oberste Rat hat beschlossen, bevor er über die Grenzfestsetzung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 86 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Festsetzung dieser Grenze entstanden sind, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht ein Gutachten über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung den alliierten und assoziierten Großmächten obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundsrat gebeten, dieses Verlangen als sehr dringend zu betrachten.

In der Frage der Aburteilung der Kriegsschuldigen hat der Oberste Rat alsdann beschlossen, die Justizbehörden der verschiedenen beteiligten Länder zu eruchen, daß ihre Beamten, die den Verhandlungen vor dem Reichsgericht in Weizsig beigewohnt haben, Vorschläge über die einzunehmende Haltung machen.

Die nächste Sitzung des Obersten Rates ist auf morgen vormittags 11 Uhr festgesetzt. Tagesordnung: Frage der Sanktionen.

Die Tagung des Obersten Rates der Alliierten wird zwar fortgesetzt, aber Lloyd George ist nach London abgereist, und nur die Götter zweiter Ordnung sitzen jetzt noch in Paris beisammen. Der Riß in der französisch-englischen Alliance läßt sich nicht mehr verkleistern. Der offene Bruch soll dadurch verhütet werden, daß man dem Völkerbund die ober-schlesische Frage zur Begutachtung anträgt. Nur zur Begutachtung und nicht, wie zuerst gemeldet worden ist, auch zur Entscheidung. Das Havas-Bureau hat die oben wiedergegebene Resolution des Obersten Rates mit der Erläuterung begleitet, „daß er die Entscheidungen dieser Organisation zu den feindlichen machen werde.“ Diese Erläuterung scheint nicht ganz zutreffen, denn in der Resolution wird ausdrücklich auf den Friedensvertrag mit Deutschland Bezug genommen, wonach sich die Alliierten die letzte Entscheidung über Oberschlesien vorbehalten. Auch die in der Meldung genannte Ziffer ist nicht richtig; es dürfte sich um den Artikel 87 handeln, in dem sich folgender Passus findet:

„Soweit die Grenzen Polens in dem gegenwärtigen Vertrag nicht näher festgelegt sind, werden sie von den Alliierten und assoziierten Hauptmächten später bestimmt.“

Die Berufung des Völkerbundes geschieht auf Grund der Artikel 11 und 12 des Völkerbundsstatus, die folgenden Wortlaut haben:

Artikel 11: Es wird hierdurch ausdrücklich erklärt, daß jeder Krieg oder jede Kriegsdrohung, möge dadurch ein der Bundesmitglieder unmittelbar bedroht werden oder nicht, den ganzen Bund angeht, und daß dieser alle Maßregeln zur wirksamen Bekämpfung des Völkerfriedens treffen muß. In diesem Fall hat der Generalsekretär unverzüglich auf Antrag eines jeden der Bundesmitglieder den Rat zu berufen.

Es wird ferner erklärt, daß jedes Bundesmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Bundesversammlung oder des Rates auf jeden Umstand zu lenken, der die internationalen Beziehungen berührt und in der Folge den Frieden oder das gute Einvernehmen unter den Nationen, von denen der Friede abhängt, bedrohen kann.

Artikel 12: Alle Mitglieder kommen überein, alle etwa zwischen ihnen entstehenden Streitfälle, die zum Bruch führen könnten, dem Schiedsgerichtsverfahren oder einer Untersuchung durch den Rat zu unterbreiten. Sie vereinbaren ferner, in keinem Fall vor Ablauf einer Frist von drei Monaten nach Fällung des Schiedspruches oder Erstattung des Berichts des Rates zum Krieg zu schreiten.

In allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen soll der Schiedspruch in einem angemessenen Zeitraum ergehen und der Bericht des Rates innerhalb von sechs Monaten nach dem Tage erstattet werden, an dem er mit dem Streitfall befaßt worden ist.

Aus dem Inhalt dieser Bestimmungen ist auf die Schwere der Differenzen zwischen England und Frankreich zu schließen. Jedoch soll man sich vor dem Glauben hüten, daß die englische Regierung, wie in einem Teil der französischen Blätter behauptet wurde, sich durch die Freundschaft zu Deutschland zu seiner jetzigen Stellungnahme hat drängen lassen. Auch darf man keineswegs annehmen, daß sich in England über Nacht Liebe in Haß gewandelt habe und daß man dort Frankreich nur mit Abneigung gegenüberstehe, um desto eifriger um die Zuneigung Deutschlands zu werben. Die Waffe der englischen Bevölkerung steht mit seinen Gefühlen ohne Zweifel noch unter den Nachwirkungen des Kriegsbündnisses mit Frankreich; sie würde es nicht verstehen, daß ihre Regierung es wegen einer anscheinend so nebenfälligen

Kampfanfsage der Unternehmer

Das starke Anziehen der Preise auf allen Zweigen der Lebenshaltung hat bei den zunächst betroffenen Bevölkerungsschichten das selbstverständliche Streben hervorgerufen, durch Lohn- und Gehaltsregulierungen diesen neuen Erschwerungen des täglichen Lebens begegnen zu können. Aus dieser Erwägung heraus hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die auch in der „Freiheit“ veröffentlichte Erklärung herausgegeben lassen, die sich mit den aus der neuen großen Teuerungswelle ergebenden Vorgängen beschäftigt und den Zwang der Arbeiter feststellt, auf der ganzen Linie neue beträchtliche Lohnforderungen zu stellen.

Diese ganz selbstverständliche Forderung, die noch dazu von der Regierung ausdrücklich als notwendig anerkannt wurde, erfährt von den Unternehmern die denkbar schärfste Zurückweisung. In einer durch die T. U. verbreiteten Erwiderung heißt es:

Auf Grund eingehender Verhandlungen im Großen Ausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeber-Vereine am 10. d. M. hat der Tarifauschuß der Vereinigung sich mit dieser Erklärung und den Forderungen der Arbeitnehmer auf Lohn- und Gehaltserhöhung beschäftigt und die mit unverantwortlicher Uebertreibung der Dinge in der Öffentlichkeit geführte Agitation sowie die darin zum Ausdruck gebrachten Forderungen als durch die Verhältnisse nicht gerechtfertigt erklärt.

Es ist nicht richtig, daß die bevorstehende Brotpreiserhöhung eine solche Verteuerung der Lebenshaltung bringt, daß bestehende Lohnvereinbarungen gekrochen werden müßten, zumal die Arbeitgeber ihrerseits darauf verzichtet haben, in Zeiten sinkender Lebenshaltungskosten eine Herabsetzung der Löhne zu verlangen und die bestehenden Lohnsätze um erheblichen Teil unter Berücksichtigung noch höherer Lebenshaltungskosten (Januar 1921) vereinbart sind.

Es ist auch nicht richtig, daß das Anziehen der sonstigen Kosten der Lebenshaltung ein solches Ausmaß angenommen hat, daß sich die sofortige Kündigung der Tarife und die neuen Forderungen auf Lohn- und Gehaltserhöhung damit rechtfertigen lassen.

Eine lediglich auf die Kosten der Lebenshaltung abgestellte Lohnpolitik kann die deutsche Volkswirtschaft nach Annahme des Ultimatums nicht mehr verantworten. Wenn bei Erneuerung von Tarifverträgen die Verhältnisse eine Revision der Lohnsätze rechtfertigen sollen, muß vor allem auch die erste Lage unserer Wirtschaft, wie sie sich unter dem Druck des Ultimatums gestaltet hat und noch weiter gestalten wird, berücksichtigt werden. Dabei bedarf es der in den weiten Kreisen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt der Arbeiterschaft noch fehlenden Einsicht, daß der

durch das Ultimatum der Entente auf der deutschen Wirtschaft lastende Druck auch die vor dem Kriege möglich gewesene allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabdrückt und daß ohne eine Steigerung der Arbeitsleistung eine Hebung der heutigen Lebenshaltung für den einzelnen und für die Gesamtheit nicht zu erwarten ist.

Die deutsche Volkswirtschaft wird deshalb in Zukunft höhere Aufwendungen für die Entlohnung nur dann machen können, wenn gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsleistung erfolgt und zu diesem Zwecke auch die Tarif- und Lohnpolitik von allen produktionshemmenden Bestimmungen freigemacht wird.

Diese Erklärung bedeutet die klare Kampfanfsage des Unternehmertums. Sie stellt mit deutlicher Spitze gegen die Regierung die Erfüllung des Ultimatums als Ursache dafür hin, daß die allgemeine Lebenshaltung des deutschen Volkes herabgedrückt werden müsse. Es genügt, diese offensichtliche Irreführung niedriger zu hängen. Der deutschen Industrie erwachsen aus der Erfüllung des Ultimatums nicht solche Opfer, als daß sie die berechtigten Ansprüche der Arbeiter und Angestellten nicht zu erfüllen vermöchten. Sie hängt um nichts weiter, als um ihre hohen Dividenden, die sie in diesen Zeiten des allgemeinen wirtschaftlichen Niedergangs bis ins Unstünne steigern konnte. Der geradezu zynische Hinweis auf die Notwendigkeit der Herabdrückung der allgemeinen Lebenshaltung muß die Arbeiter- und Angestellten-schaft in einer Zeit, wo die bestehenden Klassen dem Genuß und der Verschwendung im ausschweifendsten Maße fröhnen, aufs tiefste empören.

Völlig klar ist der Sinn des letzten Absatzes. Steigerung der Arbeitsleistung, Beseitigung der „produktionshemmenden“ Bestimmungen der Lohn- und Tarifpolitik. Das bedeutet: Beseitigung des Achtstundentages, Beseitigung der kümmerlichen Anfänge eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiter- und Angestellten im Produktionsprozeß. Somit ist die Stellung der Unternehmer völlig klar. Sie lautet auf Kampf. Die organisierte Arbeiter- und Angestelltenschaft wird sich über die Tragweite dieser Kampfanfsage im klaren sein müssen. Sie muß allen Streit und alle Zersplitterungstendenzen begraben, und ihre ganze Kraft darauf konzentrieren, den Vorstoß des Unternehmertums unwirksam zu machen. Die kommenden Kämpfe werden für die deutsche Arbeiterbewegung einen Höhepunkt bilden. Ihr Ausgang wird für die ganze Zukunft der deutschen Arbeiterbewegung von weittragender Bedeutung sein.

Frage, wie es immerhin Oberschlesien für England ist, zum Bruche mit Frankreich treiben, oder es gar auf ein neues kriegerisches Abenteuer ankommen lassen würde. Die Gründe für die Zuspitzung der Lage sind wo anders zu suchen; sie sind lediglich wirtschaftlicher Natur, sie berühren die wirtschaftlichen Lebensinteressen des britischen Reichs.

England ist von der Weltwirtschaftskrise mit am härtesten betroffen worden und diese Tatsache ist eine Folge der bisherigen wirtschaftlichen Ohnmacht Mitteleuropas. Im Jahre 1911 gingen von der englischen Gesamtausfuhr in Höhe von 454 Millionen Pfund Sterling in europäische Länder, mit Ausnahme von Rußland, Österreich-Ungarn und der Schweiz, 163,8 Millionen, oder 36 Prozent, nach den drei obengenannten Ländern weitere 22,2 Millionen oder 5 Prozent. Die englische Industrie hatte sich immer mehr zur Verfeinerungsindustrie entwickelt, ihre unangenehmste Konkurrenz waren nicht die Deutschen, sondern die Amerikaner. Ueberhaupt ist die Annahme falsch, als ob sich England nur deshalb am Weltkriege beteiligt hätte, um die deutsche Konkurrenz niederzuwerfen. Englands Stellung in der Weltwirtschaft war ja nicht allein von Deutschland, sondern auch von anderen kapitalistischen Ländern angegriffen worden. Der Anteil der folgenden Länder am Gesamthandel der Erde betrug in Prozenten:

	1900	1905	1910
Deutschland	12.1	12.0	12.0
Frankreich	10.0	8.8	9.4
Großbritannien	19.5	17.8	16.9
Bereinigte Staaten	10.3	9.8	9.5

Der prozentuale Anteil Englands am Gesamtäußenhandel ist also vor dem Kriege zurückgegangen, nicht aber zugunsten der drei anderen Länder, sondern infolge der kapitalistischen Entwicklung neuer Gebiete der Erdoberfläche. Und dabei muß ergänzend bemerkt werden, daß gerade hieran England hervorragend beteiligt war, denn an Stelle von Waren exportierte es in stets wachsendem Umfange Kapital.

Der deutsche Außenhandel konnte seit Kriegsende nur etwa sechs Zehntel seines früheren Umfangs wiedergewinnen. Auch der Anteil der einzelnen Länder an

der Ausfuhr Deutschlands hat sich vollständig geändert, wie aus der folgenden Aufstellung hervorgeht:

	1913	1920
	v. H.	v. H.
Großbritannien	14.3	6.4
Frankreich	7.8	3.0
Belgien	5.4	3.1
Italien	3.9	3.0
Vereinigte Staaten	7.1	7.2
Niederlande	6.9	21.2
Schweiz	5.3	9.2
Schweden	2.3	7.1
Norwegen	1.6	3.0
Dänemark	2.8	6.1
Oesterreich-Ungarn (früheres Gebiet)	10.9	7.8
Rußland und Polen (früheres Gebiet)	8.7	2.5
Außereuropäische Länder (ohne die Ver. Staaten)	16.9	10.0

Die Ausfuhr Deutschlands ist also in der Hauptsache nach den früheren neutralen Ländern vor seinen Grenzen gegangen, die infolge ihrer hohen Valuta in der Lage waren, die deutschen Erzeugnisse günstig einzukaufen zu können. Als Konkurrent für England war Deutschland bisher nicht zu fürchten, um so scharfer hatte dagegen der englische Außenhandel mit der Konkurrenz der beiden anderen Länder zu kämpfen. Die Ausfuhr Großbritanniens ist im Jahre 1920 gegenüber der von 1913 um 150 v. H., die der Vereinigten Staaten um das Dreifache gestiegen. Rechnen wir die Ausfuhrwerte in Goldmark um, und setzen wir die deutsche Ausfuhr gleich 100, so ergibt sich folgendes Bild:

	1913	1920
Deutschland	100	100
England	103	416
Frankreich	21	100
Bereinigte Staaten	102	506

Wenn man diese Zahlen liest, so wird einem die Ursache für die politische Stellung der englischen Regierung deutlicher. Der britische Imperialismus ist jetzt an der Wiedererstarkung der kapitalistischen Wirtschaft in Deutschland interessiert, denn seit dem Kriege hat der deutsche Außenhandel seine Stärke aus einem negativen Moment gezogen, aus dem Rückgang der

Markwahrung, die den deutschen Exporteuren die Möglichkeit des Dumping auf dem Weltmarkt gab. Lediglich diese Verfallerscheinung der deutschen Wirtschaft hat beunruhigt auf das englische Kapital gewirkt, seine Rechnung geht nun dahin, daß eine Stabilisierung der deutschen Währung eine Erhöhung der Selbstkosten der deutschen Industrie zur Folge haben und damit die Möglichkeit von Preisunterbietungen auf dem Weltmarkt unterbinden wird. Die größere Sorge ist jetzt für das englische Kapital die Konkurrenz der amerikanischen und der französischen Industrie. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges ihre Produktionsstätten ungeheuer erweitert, die amerikanische Industrie ist ununterbrochen auf der Suche nach neuen Absatzgebieten. In geringerem Maße tritt der französische Wettbewerb auf dem Weltmarkt in Erscheinung, aber er gefährdet die wirtschaftliche und politische Stellung Englands gerade an einigen der empfindlichsten Stellen.

Wann der Völkerbundsrat zur Abfassung seines Gutachtens zusammentreten wird, ist noch zweifelhaft. Die nächste Vollversammlung des Völkerbundes war auf den 5. September angesetzt worden, man darf aber annehmen, daß schon vorher in der kürzest möglichen Frist der Völkerbundsrat zusammentreten wird. Der Rat setzt sich aus Vertretern der alliierten Hauptmächte, also England, Frankreich, Italien und Japan, und aus Vertretern weiterer vier Staaten, augenblicklich Belgien, Brasilien, Spanien und China zusammen. Den Vorsitz führt zur Zeit der brasilianische Vertreter. Wie das Gutachten ausfallen wird, kann selbstverständlich nicht vorausgesagt werden, man darf aber erwarten, daß die wirtschaftlichen Gründe, die England vordringen hat, schwerer wiegen werden, als die Fragen des Prestiges und die Rücksicht auf Geheimabmachungen mit Polen, die Frankreich in die Waagschale werfen will. Diesem Gutachten des Völkerbundsrats soll dann noch die Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten folgen; wie sich die französische Regierung am Ende dieses Weges verhalten wird, läßt sich bei der schwierigen innerpolitischen Stellung des Kabinetts Briand heute nicht voraussagen.

Wie dem aber auch sei, die neue Verzögerung der Entscheidung über Oberschlesien schädigt aus schwerster nicht nur die Interessen der ober-schlesischen Bevölkerung, sondern sie trägt neue Beunruhigung in die weltpolitische Lage hinein. Die deutsche Regierung hat bisher im allgemeinen mit Ruhe und Zurückhaltung die Auseinandersetzungen in den regierenden Kreisen der Alliierten verfolgt; sie darf sich auch jetzt nicht etwa von nationalitätlichen Schreibern zu einer veränderten Stellungnahme drängen lassen und dem Gedanken Raum geben, als ob die Gelegenheit günstig sei, der Außenpolitik Deutschlands einen aggressiven, besonders gegen Frankreich gerichteten Charakter zu geben. Wir haben keinen Anlaß, die Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen, zwischen Deutschland und Polen auf der anderen Seite der ober-schlesischen Frage wegen auf die Spitze zu treiben oder gar darauf zu spekulieren, daß der Augenblick gekommen sei, um an die Stelle von Gründen der Vernunft solche der Drohung zu setzen. So nachteilig für uns und für die ober-schlesische Bevölkerung die neue Verzögerung ist, so bleibt unter den einmal gegebenen Verhältnissen doch nichts anderes übrig, als in Ruhe die weitere Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Die Besprechung beim Reichstanzler

Berlin, 12. August.

Wolffs Bureau teilt mit: Beim Reichstanzler fand heute eine eingehende Aussprache über die gesamtpolitische Lage statt, an der, wie schon mitgeteilt wurde, der Reichstagspräsident Loebe und der stellvertretende Vorsitzende des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Abgeordnete Müller-Franke, teilnahmen. Die Besprechung wird morgen mit Herrn Dr. Stresemann, dem Vorsitzenden des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der inzwischen in Berlin eingetroffen sein wird, wieder aufgenommen werden. Gegenstand der

heutigen Aussprache war bei der Erörterung der auswärtigen Politik insbesondere die ober-schlesische Frage. Der Reichstanzler legte Ausgangspunkt, Richtung und Ziel seiner Politik mit allen Konsequenzen dar. Auch die Steuerpolitik, die für die Leistungen Deutschlands grundlegend ist, war Gegenstand eingehender Würdigung. Ebenso wurde die für die deutsche Leistungsfähigkeit und das deutsche Budget bedeutungsvolle Frage der Lohn- und Gehalts-empfindlichkeit erörtert. Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten konnte begreiflicherweise Endgültiges noch nicht festgestellt werden.

Deutsch-polnische Annäherung

Kattowiz, 12. August.

Wahgebende Vertreter der deutschen und der polnischen Partei haben auf Einladung der letzteren am Freitag in einer eingehenden Besprechung die Möglichkeit erwogen, auf das ober-schlesische Volk einzuwirken, um die tief bedauerlichen Auswüchse der letzten Zeit zu beseitigen und insbesondere die Beruhigung des Volkes im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung zu erreichen. In den nächsten Tagen werden beide Parteien einen entsprechenden Aufruf veröffentlichen.

Die Sitzung des Obersten Rates

Schlussreden Lloyd Georges, Briands und Bonomis

Paris, 12. August.

Zu der Sitzung des Obersten Rates, in der heute vormittag die Ueberweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbund beschlossen wurde, ist noch nachzutragen, daß Lloyd George zu Beginn der Sitzung, nachdem Briand als Vorsitzender diesen Vorschlag eingebracht hatte, erklärte: Die englische Regierung sei mit dem Vorschlag einverstanden. Gestern Abend hätten die englischen und italienischen Sachverständigen anerkannt, daß hierin die beste Lösung liege, dem Streit ein Ende zu machen. Über es handle sich nicht um eine Meinungsverschiedenheit zwischen England und Frankreich; die italienischen Sachverständigen und auch der japanische Delegierte seien derselben Ansicht wie die englischen Sachverständigen. Damit sei keine Kritik an der Haltung Frankreichs und seiner Sachverständigen ausgesprochen, es müsse aber mit Nachdruck betont werden, daß England, indem es sich der französischen Auffassung widersetze, nicht allein dastehende. Die Schwierigkeiten in der Frage an sich rührten nicht von der Frage selbst her, sondern von der Nervosität der öffentlichen Meinung. Der Oberste Rat habe sich einer bestimmten Auffassung genähert, nur Frankreich habe eine andere Ansicht. Deshalb sei es angebracht, daß die Frage vor ein anderes Tribunal gebracht werde, um zu einer Lösung zu kommen. Der Beschluß, die Frage an den Völkerbundsrat zu verweisen, sei nicht nur Sache eines, sondern der Gesamtheit der im Obersten Rate vereinigten Staaten.

Hierauf erklärte Briand, Frankreich werde die Entscheidung des Völkerbundes ohne Vorbehalt annehmen.

Der italienische Ministerpräsident Bonomi führte aus, daß er sich mit Lloyd George einig geworden sei, daß die der unüberbrückbaren Auffassung die Frage an den Völkerbund überwiesen werden solle. Italien sei der Ansicht, daß es nicht zum Obersten Rate gekommen sei, um sich der französischen oder der englischen Ansicht anzuschließen, sondern um genau zu prüfen, auf welcher Seite das Recht liege. In diesem Sinne sei der italienische Sachverständige nach sorgfältiger Prüfung der englischen Auffassung beigetreten. Wenn der Völkerbund entschieden habe, sei auch Italien bereit, nach Oberschlesien Truppenverstärkungen zu entsenden.

Darauf erklärte der japanische Delegierte, daß die zentralen Industriebezirke Deutschlands zuzusprechen seien. In dessen nehme er nicht Anstand, die Angelegenheit dem Völkerbunde zu überweisen. Schließlich erklärte der amerikanische Delegierte, daß die Vereinigten Staaten von Anfang an der Ansicht gewesen seien, daß die ober-schlesische Frage eine rein europäische sei. Heute, wo diese Frage dem Völkerbunde überwiesen werde, dem Amerika nicht angehöre, glaube er im Sinne seiner Regierung sagen zu können, daß die Vereinigten Staaten an dem Beschluß sich nicht beteiligen werden.

Darauf schlug Ministerpräsident Briand vor, Deutschland und Polen durch den Obersten Rat zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu mahnen, bis die Entscheidung gefallen sei. Der Oberste Rat beschloß, daß die internationalen Kommissare sofort nach Doppeljurisdiktionen sollen. Lloyd George drückte noch die Ansicht aus, daß die Kommissare sich unbedingt unparteiisch zu verhalten hätten.

Darauf trat der Oberste Rat in die Behandlung der Kriegsbekuldigtenfrage ein.

Paris, 12. August.

Aus der von Lloyd George in der heutigen Vormittags-sitzung des Obersten Rates, in der die Ueberweisung der ober-schlesischen Frage an den Völkerbund beschlossen wurde, gehaltenen Rede sind noch folgende Ausführungen hervorzuheben:

England habe die Zugeständnisse in der Hoffnung gemacht, eine Verständigung zu erzielen. Der Völkerbund dürfe sich nicht durch die bis jetzt vorgebrachten Vorschläge gebunden fühlen, er müsse die Frage von neuem in ihrem ganzen Umfange untersuchen, ohne sich um die frühere Verhandlungsart zu kümmern. Es sei Voraussetzung, daß die Mächte die vom Völkerbunde getroffene Entscheidung ohne Vorbehalt annehmen. Der Völkerbund werde gebieten, die Prüfung der Frage sofort anzunehmen. Es werde ihm freistehen, ein beliebiges Verfahren zu wählen, und er könne entweder einen internationalen Gerichtshof oder auch einen Ausschuss von Juristen von internationaler Ruf bilden. Die Mächte müßten auch der Lage in Oberschlesien selbst Rechnung tragen. Wenn es für angebracht gehalten werde, alliierte Truppen ins Abkommungsgebiet zu schicken, so werde England sich an der Abwendung der Verstärkungen in demselben Verhältnis beteiligen wie die anderen Mächte.

Der Völkerbundsrat setzt sich zur Zeit aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Hyman, Belgien; Da Cunha, Brasilien; Koo, China; Aulmont de Leon, Spanien; Hanotaux, Frankreich als Vertreter von Leon Bourgeois; Fisher, Großbritannien; Orsiol, Italien und Bicomte Jishi, Japan. Alle Beschlüsse des Völkerbundsrats bedürfen einstimmiger Annahme.

Die englische Presse billigt Lloyd Georges Haltung

CC. Paris, 12. August.

Von englischen Presseäußerungen sind die des Daily Express bemerkenswert, der von geheimen Abmachungen zwischen Frankreich und Polen spricht, die als Geheimvertrag anzusehen seien. Die Durchführung desselben fordere eine ungerechte Haltung gegen Deutschland, doch lehne es Lloyd George ab, sich dazu herzugeben. Er wird in dieser Haltung, die sogar im Interesse Frankreichs liegt, vom ganzen englischen Volke unterstützt. Daily News erklärt, das englische Publikum sei der beunruhigenden Notiz des Marshall hoch müde, und erklärt, daß Deutschland nicht mehr imstande sei, seinen Nachbar anzugreifen. Daily Herald ist davon überzeugt, daß die Entente endgültig zerbrochen sei.

Juristische Schwierigkeiten

CC. Paris, 12. August.

Den juristischen Sachverständigen ist vom Obersten Rat der Auftrag erteilt worden, den Akt auszuarbeiten, durch welchen der Oberste Rat dem Völkerbund die Entscheidung über Oberschlesien überweist. Unter der Leitung Bonomis wird die Redaktion dieses Schriftstückes fertiggestellt werden. Die Sache hat infolge der Schwierigkeiten, als Artikel 18 der Völkerbundsakte hier nicht durchführbar anwendbar ist, und wie der Temps heute richtig hervorhebt, erst ein Kompromiß zwischen Deutschland und Polen geschlossen werden müßte, daß beide einer Abänderung des Versailler Vertrages in dieser Hinsicht zustimmen.

Streikbeschuß im Holzgewerbe

In einer gestern Abend stattgefundenen stark besuchten Funktionärsversammlung der Berliner Verwaltungskasse des Holzarbeiterverbandes wurde nach einem Referat des Kollegen Böhl über den Stand der Lohnbewegung, an das sich eine kürzliche Debatte knüpfte, mit 1348 gegen 168 Stimmen der allgemeine Streik im Holzgewerbe beschlossen. Beginn des Streiks am 13. August.

Zum Andenken an August Bebel

Von Adolf Ged, Offenburg

Der 12. August ist da, der parteigeschichtliche Trauertag, der uns den besten Führer der deutschen Arbeiterbewegung raubte. Ein gültiges Schicksal erscheint es uns nach acht Jahren, daß unserm August Bebel den bitteren Lebensnotsch zu trinken erspart geblieben ist. Seine Augen schauten nicht das Schreckensbild einer gespaltenen, sich zum Teile der Reaktion jenseitenden revolutionären Partei, an deren Wiege der Meister stand.

Darum sei zur Fortsetzung der Erinnerungen aus den segensreichen Tagen seines Wirkens heute an die große Tat erinnert aus der Entwicklungszeit der deutschen Sozialdemokratie, da zu Nürnberg Bebel den Wegweiser zum Marsch nach links ausgerichtet hat.

Seit Beginn des Jahres 1868 bereite Bebel den Plan zum ersten großen Einigungswort vor, indem er der Erkenntnis eines klaren Fehles und der richtigen Bewegung innerhalb der ihm seit langer Zeit anvertrauten deutscher Arbeitervereine durch einen kühnen Streich freie Bahn verschaffte. Die Konkurrenz vom „Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ der Lassalleaner beruhte sich, dem eifrigen Bebel den Rang abzulaufen. Auf der 7. Generalversammlung zu Domburg im August 1868 nahm erstmals eine Arbeitertagung grundsätzliche Stellung zum Kampfmittel der Arbeitereinstellung. Einem zu gründenden Gewerkschaftsbund sollte die wirtschaftliche Organisationsarbeit übertragen werden.

Bebel, der in diesem Lager nicht mitsprach, hatte im Vorort Leipzig den Vorstoß und die heftigste Arbeit einer revolutionären Vorbereitung des 5. Vereinstages der deutschen Arbeitervereine. Zu Gera auf diesen Herrscherplatz gestellt, nahm sich der junge Leipziger Drechslermeister vor, seine unvertraute Proletariatorganisation vom Gängelbunde der national-liberalen und demokratischen Kapitalsherrschaft zu befreien, statt die parteiliche Zufriedenheit anspruchsvoller Kinder fortzuführen, den Rebellengeist klassenbewußter Ausbeutungsoffer zum stillen Durchbruch zu bringen. Auf nach Nürnberg für die Tage vom 5. bis 7. September 1868 war dort in der Festsäle der Saal des Arbeitervereins im Festschmaus den Gästen bereitgestellt. Mit dem Vorstehenden des Ortsausschusses hatte sich Bebel heilig auseinandergesetzt, weil der ängstliche Nürnberger Oberlehrer von der Kühnheit Bebels, den Ersatz eines sozialistischen Programms in das Konzil zu versetzen, ein Fiasko nach babylonischer Turmbauart befürchtete. Ihm und anderen Leipziguern ging Bebel rücksichtslos wie ein Hütten zu Leibe; Genug des Possenspiels, es wird gewagt! Die Kinderheiten gelangen im unablässigen Kampfe oben auf hier ist das Nürnberger Programm:

Der 5. Vereinstag deutscher Arbeitervereine erklärt in nachstehenden Punkten seine Ueberzeugung mit dem Programm der internationalen Arbeiterorganisation:

1. Die Emanzipation (Befreiung) der arbeitenden Klassen muß durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden. Der Kampf für die Emanzipation der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Monopole, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.

2. Die ökonomische Abhängigkeit des Mannes der Arbeit von dem Monopolisten (dem ausschließlichen Besitzer) der Arbeitswerkzeuge bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, des sozialen Elends, der geistigen Herabwürdigung und politischen Abhängigkeit.

3. Die politische Freiheit ist das unentbehrliche Hilfsmittel zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.

Ein Zusatz begründet dann den Beschluß zum Anschluß an die internationale Arbeiterassoziation mit der Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter aller Länder.

In den Generalrat der internationalen Arbeiterassoziation in London, als dessen Vertreter dann Eccarius in Nürnberg erschien, wandte sich Bebel am 23. Juli in einem Einladungsschreiben mit der Bitte um kräftige Unterstützung in der Programmtage, die aus bisher prinzipiell und planlos arbeitenden zu bestimmen Richtung fester Grundzüge führen werde im Anschluß an die internationale Arbeiterassoziation. (Vergl. „Aus meinem Leben“, 1. Teil, S. 190.) Es regnete Briefe mit Protesten der von der liberalen Bourgeoisie geleiteten Vereiner. Aber Bebel ließ sich nicht irre machen und drohte mit dem Austritt der Mehrheit der süddeutschen Vereine aus dem Verbande.

Bebel kam, sah und siegte als ein zweiter Cäsar. Bei der Präsidentenwahl der Nürnberger Tagung ist er mit 69 von 94 abgegebenen Stimmen zum Berammlungsleiter erwählt worden. Nach Vereinen gezählt vertraten 61 das Bebel'sche Programm, 32 bildeten die Minderheit, die nach dem Siege Augusts demonstrativ den Vereinstag verließ.

„Die Nürnberger Tagung war eine der schönsten, denen ich beigewohnt.“ schrieb der greise Bebel in seiner Lebensgeschichte drei Jahre vor dem Hinscheiden. Und Franz Mehring sagt als Geschichtsschreiber der Partei: „Auch der Nürnberger Vereinstag bedeutete einen großen Schritt vorwärts.“

Nur kurz währte der Wahn der Oppositionellen im bürgerlichen Jahrzwanzig, die meisten Vereine lehnten bald an Bebels Seite zurück, der Einfluß des Nürnberger Triumfers ward offenbar. Auch wurden die Bebel'schen Arbeitervereine einer familiären Fühlung mit den süddeutschen Volkspartei-Demokraten gewürdigt, die sich rasch zu Stuttgart ein äulendes Anschließungsprogramm zu rath machten. Da sprach im September 1868 zu Brüssel der 3. Kongreß der internationalen das Nachwort von der Berge-

stellung des Eigentums an Grund und Boden. Und das von Wilhelm Liebknecht redigierte Leipziger „Demokratische Wochenblatt“ frohlockte:

„Dieselben Ziele in Hamburg, Nürnberg und Brüssel, die Befreiung der Arbeit von den Fesseln des Kapitals, Beseitigung der Klassenherrschaft und Lohnsklaverei, Schaffung eines an Freiheit und Gleichberechtigung gegründeten Staates.“

Aber es führte noch ein Leidensweg des Bruderkampfes nach Göttingen zur Stätte der Vereinigung. Gegenüber dem „Allgemeinen Deutschen“ der Lassalleaner war der Bebel'sche Arbeitervereinsverband in finanzieller Beziehung ein armer Schinder. August mußte schon zufrieden sein, wenn er seine Barauslagen ersetzt erhielt. Seine 12 Taler Monatsgehalt für die Expedition legten ihm noch die Verpflichtung auf, die Geschäftsräume in der eigenen Wohnung zu stellen. Liebknecht redigierte das „Demokratische Wochenblatt“, das mit einem Barfonds von 10 Talern gegründet wurde, bei einem Monatsgehalt von 40 Talern, das noch genau so hoch war, als zehn Jahre später das Sozialisten-gesetz den Redakteur mit seinen vielen Kindern arbeitslos machte.

Durch die nun Ende 1868 einsetzende Agitation für Gewinnung neuer Mitgliedschaften und ausgiebiger Kasernenquellen entstand mit der wachsenden Rivalität zwischen der Bebel'schen und der Schweiger'schen Richtung auch der Bruderkampf, der den Erfolg der Nürnberger Tagung auf Jahre hinaus stilllegte.

Unter den wenigen bürgerlichen Demokraten der alten Volkspartei, welche damals in die von August Bebel erzwungene Wegrichtung an der Seite der Sozialisten einzuweichen bereit waren, befanden sich der Stuttgarter Rechtsanwalt Riechmann, der Frankfurter Zeitungsherausgeber Leopold Sonnemann und der Mannheimer Schriftsteller J. P. Eichelsdörfer. Im 1878 das Sozialistengesetz mit der geeinigten revolutionären Arbeiterschaft aufzufrühen, ihre Presse und Organisationen zu zerstören, kamen auf Anregung Sonnemanns die alten Demokraten im „Petersburger Hof“ zu Baden-Baden zusammen, um durch Wieder-erneuerung der Deutschen Volkspartei einen demokratischen Kampferlass für das zerstreute Bebel'sche Proletariat her zu schaffen. Der Schreiber dieser Zeilen war, ein Jüngling unter den Asten, auch dabei und hörte von ihnen die hohe Anerkennung des Mitgliedsführers August Bebel. Als wir uns viel später persönlich kennen lernten, kam es zur Kämpfertreue fürs ganze Leben.

Dreißig Jahre nach dem ersten Konzil zu Nürnberg, auch in den Septembertagen, fand dort jener berühmte Parteitag statt, den Bebel in seiner großen Anklage gegen die Budgetbewilliger nach zweitägiger Redeschlacht den Sieg der Grund-satztreue erfocht. Als nun elf Jahre später der welthistorische Parteitag des Völkerbundes für die Sozialdemokratie ausbrach, war der Führer nicht mehr am Leben, der seine warnende Stimme erhoben hätte gegen den militaristischen Enthusiasmus, der die Genossen Budgetbewilliger auch noch zu Kriegskreditpatrioten aufstiegen ließ.

Internationale Arbeiter-Hilfsaktion für Rußland

Von R. Abramowitz

Selten noch hat der Gifer eines Volkes so einmütigen Widerhall in der ganzen Welt gefunden wie der Ruf des hungernden Rußlands. Abgelesen von kleinen ultrareaktionären Kreisen, hat die gesellschaftliche Meinung von ganz Europa und Amerika sich die Ansicht zu eigen gemacht, daß dem von Hunger und Seuchen bedrohten russischen Volke unbedingt und im weitesten Umfange Hilfe geleistet werden müsse. Regierungen, Wohltätigkeitsorganisationen, Rotes Kreuz, bürgerliche Verbände, Arbeitergewerkschaften und sozialistische Parteien — alle haben sich unverzüglich an die Arbeit gemacht. Es werden Geldmittel, Medikamente u. dergl. gesammelt, Unterhandlungen geführt, Aktionspläne ausgearbeitet usw.

Diese allgemeine Einheitsfront und Begeisterung für die Hilfsaktion für Rußland hat einige Arbeiterführerkreise zu dem Gedanken verleitet, daß es unter diesen Umständen vielleicht gar nicht notwendig sei, noch eine separate proletarische Hilfsaktion zu organisieren, und daß es ratsamer wäre, an den Hilfsgemeinen Hilfsorganisationen teilzunehmen, zumal diese sich doch nur von humanitären Erwägungen leiten ließen. Dazu kommt noch, daß die staatlichen und bürgerlichen Hilfsorganisationen, wie z. B. die amerikanische, über ungeheure Geldmittel verfügen, während die Arbeiterklasse, zum Teil erschöpft durch gewaltige Lohnkämpfe, zum Teil unmittelbar vor ähnlichen Kämpfen stehend, nur verhältnismäßig geringe Mittel werde aufbringen können.

Es ist jedoch leicht einzusehen, daß die Argumente, die gegen eine separate proletarische Hilfsaktion ins Treffen geführt werden, nicht stichhaltig sind.

Gewiß spielen bei den allgemeinen Hilfsorganisationen humanitäre Bewegungen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Aber Humanität in allen Ehren: ist wirklich jemand so naiv zu glauben, daß hier nicht auch Erwägungen ganz anderer Art den Ausschlag geben?

Selbst wir auch von politischer Heuchelei und allerlei Hintergedanken ab, in denen bürgerliche Politiker so beflissen sind, so bleibt doch noch Raum genug für läbliche Motive der Zweckmäßigkeit und der politischen Klugheit. Zweckmäßigkeit, indem man den Zusammenhang (in bezug auf Seuchen usw.) zwischen Rußland und ganz Europa hervorhebt. Politische Klugheit — indem man sich sagt, man müsse sich die Sympathien des russischen Volkes sichern, es sich zu Danke verpflichten, da es doch trotz allem ein großes und mächtiges Volk bleiben werde, dessen politisches und wirtschaftliches Gewicht einst wieder sehr stark in die Waagschale fallen wird.

Dadurch wird die Hilfsaktion für Rußland zu einem Stück „auswärtiger Politik“ der bürgerlichen Staaten und verwandelt sich bis zu einem gewissen Grade in den Gegenstand nationaler und imperialistischer Konkurrenz.

Wie anders stellt sich die Sache für die Arbeiterklasse Europas und Amerikas dar. Auch hier wirken zweifellos und berechtigterweise Motive äußerer Zweckmäßigkeit und politischer Klugheit, so das Bestreben, die Sympathien des russischen Volkes zu gewinnen — der zukünftigen herrschenden Klasse im großen Rußland — und der russischen Intelligenz für die organisierte Arbeiterklasse Europas zu gewinnen.

Aber wie verhältnismäßig gering sind diese Beweggründe im Vergleich zu dem inneren Trieb, der das Proletariat der Welt mit Begeisterung und Pathos für die russische Hilfsaktion erfüllt.

Das ist das proletarische Solidaritätsgefühl, jener elementare Klasseninstinkt, das, durch die sozialen Verhältnisse erzeugt, im Herzen eines jeden Proletariats lebt und durch die unermüdbare, jahrelange Arbeit der sozialistischen Parteien, Gewerkschaften usw. gestärkt und geläutert wurde, jenes Solidaritätsgefühl, das der modernen Arbeiterbewegung die ungeheure moralische Widerstandskraft verleiht, die alle bewundern müssen, und das auch die Bürgerschaft für den endgültigen Sieg des Proletariats in sich trägt.

Das ist aber auch das revolutionäre Klassengefühl; denn jeder Klassenbewußte Arbeiter in Europa und Amerika, mag er Anarchist, Kommunist, Sozialist oder Reformist sein, empfindet die tiefsten Sympathien für die Arbeiterklasse Rußlands, die in den letzten zwei Jahrzehnten soviel gelitten und so opferwillig und heldenmütig für ihre Freiheit und ihre Ideale gekämpft hat. Dadurch wird die Hilfsaktion für das russische Proletariat nicht nur zu einem Gebot der Humanität für die europäische Arbeiterklasse — und unterdrückte Klassen besitzen stets ein viel feineres Humanitätsempfinden als besitzende Klassen —, sondern auch zu einem Stück revolutionären Klassenkampfes.

Sie muß daher, und zwar von der gesamten organisierten Arbeiterklasse auch als eine Klassenaktion geführt werden und darf unter keinen Umständen in staatliche, bürgerliche Wohltätigkeitsaktionen aufgelöst werden.

Dies um so mehr, als man berücksichtigen muß, daß auch die russische Arbeiterklasse eine derartige Selbstverleugnung der europäischen Arbeiter nicht verstehen würde. Die russische Arbeiterklasse, nicht nur jener kleine Teil, der kommunistisch ist, sondern auch die große Masse, die nicht- oder anti-kommunistisch ist, besitzt ein scharf ausgeprägtes Klassenbewußtsein, und würde es sich nicht erklären können, warum ihre europäischen Klassengenossen als solche ihnen nicht zu Hilfe kommen. Es würde den russischen Sozialisten sehr schwer fallen, ihnen dies auseinanderzusetzen, und in dem Gewimmel von Regierungsbeamten, salbungsvollen Geistlichen, Quäkern, bürgerlichen Menschenfreunden und — Geschäftsmachern aller Art, die jetzt in Rußland das europäische Hilfswerk leiten werden, die paar Arbeiter aufzufinden, die vielleicht auch mitgesandt werden, aber nur als Angestellte der allgemeinen Komitees.

Es ist aus allen diesen Gründen unbedingt notwendig, daß ein internationales Arbeiter-Hilfskomitee für Rußland gegründet wird, das sich auf ähnliche Komitees in den einzelnen Ländern stützt und nach Rußland eine eigene Hilfs-Expedition entsendet.

Selbstverständlich wird diese Expedition, nach dem Umfange ihrer Leistungen, nicht mit einem Hoover-Bert konkurrieren können. Aber tüchtige und nicht zu unterschätzende Arbeit wird sie trotzdem leisten können.

Man wird z. B. 1. einen eigenen Sanitätszug („Zug der europäischen Arbeiterklasse“) nach dem Wolga-Gebiet zur Bekämpfung von Seuchen ausrüsten; 2. Auspostierungen von Arbeiterkindern und -frauen in den Großstädten einrichten und 3., was vielleicht das Wichtigste sein wird, Erholungsheime (event. in Verbindung mit gewerblichem Unterricht) für hungernde Arbeiterkinder dicht an der russischen Grenze (in Finnland, in der Nähe von Petersburg, in Lettland — Dünaburg, Estland — Reval usw.) organisieren können. Vielleicht läßt sich auch später mit Hilfe der hochqualifizierten europäischen Arbeiter etwas auf dem Gebiete der industriellen Hilfe für russische Arbeiter machen.

Dies alles genauer zu untersuchen, wird Aufgabe des zu gründenden „Arbeiter-Komitees“ sein. Die Hauptsache ist jedoch, daß dies Komitee gegründet wird.

Diese Aufgabe fällt in erster Linie den europäischen Gewerkschaften zu, die am meisten dazu berufen sind und den

nötigen Einfluß und die nötigen Hilfsmittel besitzen. Es ist jedoch nicht zu bezweifeln, daß ihnen in dieser Hinsicht auch die Mitwirkung aller politischen und genossenschaftlichen Arbeiterorganisationen und ihrer internationalen Verbände sicher ist.

Der erste Schritt auf diesem Wege ist bereits gemacht: Zum 13. August ist in Berlin vom Internationalen Gewerkschaftsbund eine internationale Konferenz einberufen, die über das Hilfswerk für Rußland beraten soll. Es ist dringend zu hoffen, daß diese Konferenz sich in dem Streite zwischen den Anhängern der Klassenaktion und der „allgemein menschlichen Hilfsaktion“ auf den gesunden proletarischen Klassenstandpunkt stellt und unverzüglich an die Arbeit geht, ohne sich durch „humanitäre“ Redensarten von rechts oder Provokationen von „links“ beirren zu lassen.

Die amerikanische Hilfsaktion für Rußland

D. C. Riga, 12. August.

In einer Unterredung, die der Vertreter des Ost-Expres mit Direktor Brown von der „American Relief Administration“ hatte, erklärte dieser, daß im Falle einer günstigen Beendigung der Verhandlungen mit dem nach Riga entsandten Litwinow die amerikanische Hilfeleistung, zunächst für eine Million hungernder Kinder, sofort beginnen werde. In der ersten Sitzung hätte er sich mit Litwinow bereits dahin geeinigt, daß die Sowjetregierung das Versprechen gab, die Amerikaner aus den russischen Gefängnissen zu entlassen und allen Amerikanern auf Wunsch anstandslos die Ausreisegenehmigung zu erteilen. Dieser Bescheid sei sofort an Hoover gedruckt worden, von dem weitere Instruktionen erwartet werden.

Das Begnadigungsrecht

Im Reichstag wurde der Erlass einer allgemeinen Amnestie, die vor allem den durch die Ausnahmegerichte verurteilten Teilnehmern am Märzputsch zugute kommen sollte, abgelehnt, dafür aber dem Reichskanzler das Recht verliehen, die Urteile der Ausnahmegerichte unter dem Gesichtspunkt weitgehendster Begnadigung einer Nachprüfung unterziehen zu lassen. Das Begnadigungsrecht steht dem Reichspräsidenten zu. Gegen diese Maßnahme wird sehr wohl von den Ausnahmegerichten als auch von reaktionärer Seite Sturm gelaufen. Die Richter befürchten, daß durch die Begnadigungen der Anschein erweckt werden könne, als hätten die gefällten Urteilsprüche keine Rechtsgrundlage gehabt, eine Befürchtung, die völlig überflüssig ist, da ein Vertrauen zu der heutigen Justiz überhaupt nicht vorhanden ist und demnach auch nicht zerstört werden kann. Die Reaktionäre aber schänden nach Rache. Nach ihren Wünschen soll jeder Arbeiter im Zuchthaus verenden, der dasselbe getan hat, wie sie während des Kapp-Putsches, ohne daß ihnen die Richter auch nur ein Haar gekrümmt hätten.

Die Begnadigung kann bei weitem nicht das von den Ausnahmegerichten verübte Unrecht wieder gutmachen. Es wird dabei so vorsichtig zu Werke gegangen, daß nur ganz wenige auf eine Milderung oder gar auf eine Aufhebung des Urteils rechnen können. Wie die P. V. M. meiden, werden die Akten überall nach Maßgabe des Einzelfalles und seiner besonderen Umstände in persönlicher und sachlicher Beziehung geprüft, wobei alle für und gegen die Begnadigung sprechenden Umstände, vornehmlich der Beweggrund des verbrecherischen Handelns und die Frage, ob es sich um Verführer oder Verführte handelt, berücksichtigt werden. Die auf Grund dieser Prüfung dem Reichspräsidenten unterbreiteten Vorschläge sind wiederum je nach Lage des Einzelfalles besonders und eingehend zu begründen. Eine Zusammenstellung, aus der ersichtlich sein wird, in welchen Fällen und in welchem Umfange von dem Begnadigungsrechte Gebrauch gemacht wurde, soll dem Reichstag vorgelegt werden.

Nach diesen Grundzügen ist auch in dem Falle des früheren kommunistischen Stadtrats Franke aus Sangerhausen verfahren worden. Franke wurde am 28. Juni vom außerordentlichen Gericht Nordhausen wegen Hochverrats zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt und ist vom Reichspräsidenten zu 2 Jahren Festungshaft begnadigt worden. Die in der nationalsozialistischen Presse aufgestellte Behauptung, Franke habe für Höll eine Truppe in Sangerhausen aufgestellt, die einen großen Teil der „Armee“ des „roten Generals“ bildete, und ihm ein Verzeichnis der für „Requisitionen“ geeigneten Häuser und der für Geiselnahme in Betracht kommenden Personen geliefert, findet weder in den Feststellungen des Urteils, noch in dem sonstigen Akteninhalt eine Grundlage. Inzwischen ist Franke auf seinen Antrag ein dreiwöchiger Urlaub aus der Strafhafst gewährt, weil eine Reparatur an dem künstlichen Beine, das Franke infolge eines früher erlittenen schweren Unfalls zu tragen gezwungen ist, nicht in der Haft vorgenommen werden konnte, und Franke ohne Vornahme der Reparatur bewegungsunfähig war.

Ueber den Fall Franke hat die nationalsozialistische Presse besonders laut gebellt. Als General Stenger unter Anklage stand, sollte gerade das fehlende Bein ihn vor einem Urteilspruch schützen.

Ludendorff muß es wissen

Ein Deutsch-Amerikaner namens Dr. Glogau hat eine Rundfrage veranstaltet: „Auf welche Weise können die Intellektuellen aller Länder zu einer wahren Brüderlichkeit und Menschlichkeit beitragen?“ Er hat sich dabei auch an den auf dem Gebiete der Brüderlichkeit und Menschlichkeit gewiß sehr sachverständigen General Ludendorff gewandt. Der General, der während des Krieges viel dazu beigetragen hat, daß das deutsche Ansehen in der Welt verloren ging, gab folgende Antwort:

„Seit dem Versailler Frieden, der unter Führung der Vereinigten Staaten geschlossen wurde, kann man von keinem Deutschen verlangen, daß er an Brüderlichkeit und Menschlichkeit glaube. Anstatt sich damit zu beschäftigen, sollten die Deutschen in den Vereinigten Staaten alles zur Stärkung des deutschen Nationalbewußtseins tun, damit es werde, wie zu Bismarcks Zeit. Bevor wir nicht wieder ein Herrvolk geworden sind, können wir nicht Brüder sein — andernfalls würden uns die stärkeren Brüder ins Bodenhorn jagen.“

Während des Krieges war Deutschland nach Ludendorffs Ansicht sicher ein „Herrvolk“. Die Masse des Volkes war in die Fesseln des Belagerungsstandes gelegt, ein paar Dutzend Männer, denen der Zufall der Geburt zu Aufstiegschancen verholfen hatte, führten das Kommando, gaben Befehle, andere mußten bei der Strafe des Todes und des Zuchthauses gehorchen. Wie sah es während dieser idealen Ludendorffzeit mit der Brüderlichkeit und der Menschlichkeit aus? Nordfrankreich, Belgien und Polen, aber auch Deutschland geben darüber Auskunft. Die Spuren, die die Spitzen des „Herrvolkes“ hinterlassen haben, werden noch in Jahrzehnten zu verfühlen sein. Es war eine einzige Kette von Verbrechen, die sie verübt haben. Zum Glück hat Ludendorff heute seinen Glauben verloren. Hätte er ihn noch, dann würde es mit der Brüder-

lichkeit und der Menschlichkeit noch schlechter bestellt sein, als dies, nicht zuletzt dank Ludendorffs vergangenem Wanken, ohnehin der Fall ist.

Ein schlechtes Symbol

Die Verfassungsfeier, die am Donnerstag im Opernhaus stattfand, gibt der monarchistischen Presse Anlaß zu allerlei abfälligen Bemerkungen über die Republik. Vor dem Opernhaus fand auch eine kleine Erziehungsparade statt, eine „Ehrenkompanie“ der Reichswehr war erschienen, deren Front „abgeschritten“ wurde. Gewiß eine unsinnige Spielerei, die aber symbolisch für die heutigen Zustände ist. Denn wir glauben, daß die von Monarchisten geführte Reichswehr ein schlechter Schirm der Republik ist. Wäre deren Schicksal ausschließlich in den Händen der bewaffneten Macht, dann würde ihre Lebenszeit nicht von langer Dauer sein. Das hat der Kapp-Putsch deutlich gezeigt. Die im Geiste, besser gesagt: im Ungeiste der wilhelminischen Zeit erzogenen Mannschaften machten dann auch recht sonderbare Gesichter, als Herr Ebert ankam, und die Führer hielten den Vorgang im Grunde ihres Herzens für eine leere Komödie. Sie wollen Orden sehen und Helmbusch und Habsbart, der Mann im Zylinder liegt ihrer „soldatischen“ Erziehung nahe. Die „Kreuzzeitung“ ist denn auch geradezu über diese „Parade“ am wenigsten erfreut, zugleich sieht sie in ihr auch einen — Lichtblick. Sie schreibt:

„Ein unympathisches Fest, ein unerfreuliches Bild, das sich gestern mittag vorm Opernhause abspielte. Aber es hat auch einen Lichtblick. Die Kompanie machte unter ihrem schneidigen Führer einen ganz vorzüglichen Eindruck. Die kleine Parade offenbarte militärischen, kriegerischen Geist. Die werden mit den Polen schnell fertig.“ — so sagte mancher und so dachten viele.“

Im Opernhaus wurden schöne Reden gehalten über Demokratie und Freiheit — auf der Straße stand eine Kompanie Reichswehr die kriegerischen Geist offenbart, also Unfreiheit, Autokratie, Verfassung. Ein billiger Triumph für die Monarchisten, aber doch auch ein recht schlechter Trost für die Zukunft. Denn diese Reichswehr wird, wenn es hart auf hart geht, weder Krieg mit Polen, noch Krieg für einen neuen Monarchen führen können, weil in allen diesen Fragen die Arbeiter das letzte Wort reden werden.

Berdächtige Aufregung

In unserer vorgestrigen Abendausgabe hatten wir eine Mitteilung des Parlamentarischen Dienstes der rechtssozialistischen Partei wiedergegeben, die sich mit der Erfassung der Goldwerte beschäftigte. Wir bemerkten dazu, daß der Parlamentarische Dienst in dieser Frage einen recht entschiedenen Ton anschlug, sagten aber, es solle auf, daß sie nichts über die Stellungnahme der rechtssozialistischen Partei zu den indirekten Steuervorlagen der Regierung enthalte. Man müsse deshalb annehmen, daß sie sich mit ihnen ohne weiteres abzufinden gedente. Der „Vorwärts“, in seiner gestrigen Morgenausgabe, wirft uns nun „unsaubere Kampfesweise“ vor, die er auf die „zur Zeit nicht ganz ordentliche journalistische Leitung“ unseres Blattes zurückführt. Wir brauchen dem Blatte nicht in der gleichen Tonart zu antworten, sondern können uns damit begnügen, folgende Tatsachen festzustellen:

Wir hatten uns am Donnerstag nicht mit der Stellung des „Vorwärts“, sondern, was das Blatt seinen Lesern unterschlägt, mit dem Parlamentarischen Dienst seiner Partei zu befassen. In dieser parteiispezifischen Rundgebung ist kein Wort über die Stellungnahme zu den indirekten Steuern enthalten. Der „Vorwärts“ hat sich zwar mehrere Male mit dem Steuerbuletten der Regierung befaßt, aber jedesmal ist er mit diplomatischer Geschwindigkeit gerade über diesen Punkt hinweggegangen. Auch der Artikel in seiner Sonntagsausgabe, auf den sich der „Vorwärts“ jetzt beruft, enthält nicht eine klare und ungewundene Ablehnung der der minderbemittelten Bevölkerung zugedachten neuen Steuerlawine, sondern es wird darin nur verlangt, daß die Steuergesetze noch gründlich umgebaut werden müßten, „ehe die breiten Massen den auch für jeden Einsichtigen schweren Schritt unternehmen, ihre politischen Forderungen zu beantragen, für die neuen Lasten in ihrer Gesamtheit zu stimmen.“

Der „Vorwärts“ hat sich da in eine verdächtige Aufregung hingelassen. Die Taktik seiner Partei in den Steuerfragen erinnert bedenklich an die Steuerpolitik, die die Zentrumspartei jahrzehntlang getrieben hat. Zuerst ein „Unannehmbar“, soweit es sich um einige Einzelheiten handelte, schließlich aber der Umfall, der den Massen unter dem Vorwande der staatlichen Notwendigkeiten neue ungeheure Lasten aufhakte.

Einigung der sozialistischen Studentebewegung

Am 26. Juli fand in der Universität Berlin eine Versammlung sozialistischer Studenten statt. In dieser Versammlung gelang die Einigung der bisher nebeneinander bestehenden sozialistischen Verbände, die sich zum Sozialistischen Studentebund, Ortsgruppe Berlin, zusammenschloßen. Genossen, die sich für die Bewegung interessieren, werden gebeten, Zuschriften an Walter Hermann, Berlin SW 11, Halleische Straße 22, zu richten. Mit dieser Einigung, die hoffentlich eine solche von unerklärlicher Dauer sein wird, tritt die Berliner Studentebewegung in eine ganz neue Phase ein. Die geschlossenen auftretenden verbündeten Sozialisten werden in Zukunft ein recht kräftiges Wort zu sprechen haben über die Angelegenheiten der Berliner Studentenschaft mitzureden können.

Riesenbrandkatastrophe in Dinst

U. W. Warschau, 12. August.

Ueber die Riesenbrandkatastrophe in Dinst, über die wir kurz berichteten, wird noch ergänzend gemeldet, daß das Feuer am 7. August, 12 Uhr mittags, in den Rednischen Mühlen ausbrach und infolge des starken Windes schnell auf die Nachbarhäuser übergriff. Nach sechs Stunden kamen verschiedene Nachbarwehren bis aus Breslittow zu Hilfe. Das Feuer wütete den ganzen Tag. Am Nachmittag war bereits das Zentrum der Stadt abgebrannt, u. a. die Brester Straße, die Krasnaya, der Lajar, die Kiewer Straße und die Ufer-Straße. Abgebrannt sind u. a. auch die Dominikaner Kirche, die Großhändler-Synagoge, die Post mit zahllosen Geld- und Wertpapieren, die Starostki, die Polizei, das Kasino und die Warschauer Industriebank-Filiale. Der Schaden geht in die Milliarden. Einige zehntausend Leute sind obdachlos.

Einigung im Braunschweiger Metallgewerbe. Der Konflikt in der Braunschweiger Metallindustrie ist beigelegt. Die Arbeiter haben bei den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern zustande gekommenen erweiterten Vergleichsvorschlag angenommen. Die Arbeit dürfte bereits heute, Sonnabend, wiederaufgenommen werden.

Polnisch-tschechische Wirtschaftsverhandlungen. Mitte August beginnen die Verhandlungen über ein Handelsabkommen zwischen Polen und der Tschechoslowakei. Sie werden von einer Handelskommission in Warschau und einer Finanzkommission in Prag geführt werden.

Billige Schuhwaren

Wir verkaufen im Auftrage einer in Auflösung begriffenen Heeres-Verwertungsstelle:

Sandalen

aus starkem Militärleder, holzgenagelt, **26⁷⁵ 32⁷⁵**

Kinderschuh

verschiedene Formen, kräftiger Strapazier- und Schuhtiefel
23 24 25 26 27 30 31 35
26⁷⁵ 37⁷⁵ 47⁷⁵ 58⁷⁵

Wichsleder-Herrenschuh

holzgenagelt, kräftiger Arbeitstiefel **48⁷⁵**

Rindboxstiefel

für Herren mit Preßnarben, moderne Form, sehr haltbar **88⁷⁵**

Rindboxstiefel für Damen

mit Preßnarben, bequeme Form, solides Fabrikat. **88⁷⁵**

Rob-Chevreau Dam.-Halbschuh

mit Lackkappe, hoher Absatz, moderne Form **78⁷⁵**

Farbige Kinderschuh in allen Ausführungen zu enorm billigen Preisen

Charlottenburg

Sämtliche Artikel sind in allen Größen am Lager!

Wilmerdorfer Str. 117

Schuhwarenhaus Theodor David

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
Commerzdirektion
3 Uhr: Die Fledermaus
7 1/2 Uhr: Der Operndall
Direktion: Max Reichardt

Deutsches Theater
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt
Stammerpiele
7 1/2 Uhr: Der Herr, der die Maulschellen kriegt
Großes Schauspielhaus
8 Uhr: Die Weber
(Aber Abonnement)

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Der fidele Bauer
Rose-Theater
7 1/2 Uhr: Jugend
Casino-Theater
7 1/2 Uhr: Die neue Spitzbücherei
Erzelenz-Mare
7 1/2 Uhr: Apollotheater
7 1/2 Uhr: Internat. Angew.-Programm
Opium-Träume
Eine Drogengeschichte mit 24 Szenen
Sowie 10 Sensationen

Berliner Theater:
Täglich 7.30 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPER

Komödienhaus:
Abends 7.30 Uhr: Der blonde Engel

Theater am Nollendorplatz:
7 1/2 Uhr: Der Vetter aus Dingsda

7 1/2 Uhr: Residenz-Theater
Albert Hoffmann in Traumulus

Trianon-Theater
8 Uhr: Die große Leidenschaft

Kleines Theater
8 Uhr: Die große Leidenschaft

Wahalla-Theater
7 1/2 Uhr: Die Königin der Luft

Theater a. Kottbus, Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Elite-Sänger
Neues Musik-Programm!
Sonn- 11-11/2 und 4-6 Uhr.

Berliner Brater
Sajonier-Allee 70
Internationale Ringkampf-Konkurrenz
Varieté

METROPOL
Behrenstraße 54.
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle Saison-Eröffnungs-Programm.

Briefmarken :: Münzen
kauft Großmann, Johannisstr. 4.
Zugang u. a. Freibrück. (Nr. 108) Norden 106 21

Garderobe
auf bequemste Teilzahlung
HERREN-DAMEN-
Anzüge, Hosen, Paletots, Kostüme, Paletots, Ujster, Röcke, Kleider.
Gute Ware, solide Preise, große Auswahl.
M. Beiser, Lothringers Straße 67.

Zeissfeldstecher
6 und 8 Uhr, kauft ständig
M. Stockmann,
Berlin W9, Potsdamerstr. 135
(Telefon 9280).

Altmetalle
zahlr. hohe Preise, Oberberger
Str. 1, Reichendorfer Str. 107
1. Hof, Keller.

Möbel
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
auf Teilzahlung
Kleinfte An- u. Abzahlung
Möbel-Cohn
Dr. Frankfurter Str. 58
5 Min. u. Alexanderplatz
Tele: Wabstr. 47-58.
6 Min. u. Vbl. Gumbdr.

Wanderkarten
für alle Gegenden erhält man in der
Buchhandlung „Freiheit“
Berlin 6 / Breite Straße 8/11

Gänsefedern
füllfertige, auch ungerichtet, aus erster Hand.
Paul Paegelow
Wrienen 13 Gdrbr.

Meine Flechte,
für deren Befreiung mir von Reizen seit etwa einem Jahre alle möglichen Mittel verschrieben wurden, die aber nichts halfen, ist jetzt durch Ihr Spezialmittel fast verschwunden.
So schreiben viele über den seit 30 Jahren nicht ablassenden **Flechtenpilz**, III. 12. 50. Zur gleichzeitigen innerlichen und äußerlichen Behandlung empfehle ich **Spezialmittel** (Schachtel) III. 4. 50, 3 Sch. III. 13. —
C. — Meißel, Berlin 49, C. — Meißel, Berlin 49.

Ein Buch für Eltern und Lehrer!

Schulkasernen oder Gemeinschaftsschule

Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamgus
(Zweite Auflage von „Die Presse in Not“). Ein neuer Weg zur literarischen Erziehung unseres Volkes)
Das Buch zeigt das Bild der neuen Schule gegen die alte. Es lenkt den Blick auf eine Schule der Schaffensfreude und stellt damit für die Mitbestimmung der Eltern in allen Fragen der Schulgestaltung ein Ziel auf. Die Schule soll die frohe Lebensstätte der Jugend sein, sie wird aus dem geistigen Streben der Kinder, Eltern und Lehrer hervorzurufen, und das Buch will ein Stück dieses Weges bahnen helfen und ist Eltern und Lehrern in ihrem Wollen ein Führer
Preis 10.— Mark
Gebunden 15.— Mark

Zu beziehen durch jede Buchhandlung, in allen „Freiheit“-Expeditionen oder direkt von der
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.
Berlin 62 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 Mk.
Schwarz, Kräusen 22 Mk.
Wortelske . . . 23 Mk.
Gold Hag . . . 27 Mk.
Rund Große Hamburger Straße 1, 1

Ala
Henkel's Scheuerpulver
putzt reinigt
bleicht
Ata eignet sich für alle Küchengeräte besonders auch für Ofen, Backwaren, Kleinfest, Marmor, Steinböden
Hersteller Henkel & Co. Düsseldorf

Stadt bekannt billig
sind unsere Preise für bekannt erstklassige, nur 14
Schuhwaren
Unser populäres Verkaufssystem gibt jeder sparsamen Familie Gelegenheit, sich für billiges Geld mit guten und eleganten Schuhen zu versehen
Rest- und Einzelpaare bedeutend unter Preis
Ein Posten Halbschuhe hochbeleg. Formen und beste Lederverarbeitung 93,50, 79,50 **49⁵⁰**
Randgen. Halbschuhe Ein Posten verschiedener Lederarten spottbillig **108⁵⁰**
Braune ein. Chorr. Halbschuhe liebl. Farb. antick. Form. 128⁵⁰
Kinderschuhe, spottbillig best. Leder, sehr wetterfest. Größe 31-35. 59,75 . . . 29,30 **49⁷⁵**
la. la. Sandalen reines Lederverarbeitung. Größe 36-42 74,50, 31,50 59,90 **51⁵⁰**
Horrenstiefel, Einzelpaare echt Boxrand, elegant und stabil, enorm billig **89⁵⁰**
Randgenähte Horrenstiefel Einzelp. feinste Lederart, schönste Form. 123,50, 157,50 **129⁵⁰**
Damenstiefel Welt. auch Hochschaff mit Lackbesatz, weit unt. Preis 148,50, 129,50 **87⁵⁰**
Turnschuhe mit Ledersohle best. Fabr., weit unt. Preis, Größe 36/42 20,90, 31/35 26,00, 27/30 **22⁵⁰**
Leder-Hausschuhe 1 Damen m. Kernledersohlen, Absatzbleck, weit unter Preis **29⁵⁰**
Schuhvertriebs-Haus „Alexanderplatz“
P. Gärtner & Co. hochparterre
Eingang Neue Königstr. 47, Kein Laden
direkt am Alexanderplatz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftst. von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Wichtig! Nähmaschinenbranche. Wichtig!
Am Montag, den 16. August 1921, nachm. 4 1/2 Uhr, findet im Verbandslokal, Linienstr. 83-85 (Arbeitslokal) eine wichtige
Bersammlung
aller in der Nähmaschinenbranche Beschäftigten statt.
Tagesordnung:
1. Der Streik bei Gutmann.
2. Branchenangelegenheiten.
Die Kollegen von Dürkopp, Hermann, Nieß & Schreyögg, Schirmer & Blau, Heiler & Rohmann sind besonders eingeladen.
Die Ortsverwaltung

Volks-Reise-Verband
Neukölln
Münchener Straße 53
vom 3. bis 10. September
Durch den Odenwald zum Neckar bis Heidelberg
Wiederholung der v. 18.-25. Juni veranstalteten Ferienfahrt
Teilnehmerkarte einschließlich Fahrt und Verpflegung: **500 Mark**
Anmeldungen sind umgehend (eventl. auch schriftlich) gegen Einzahlung der Sicherheitssumme von 100 Mk. an die Geschäftsstelle des V. R. V., Neukölln, Münchener Str. 53 zu richten.

Tüchtige Verkäuferinnen
für
Korsetts Wäsche Handarbeiten
sofort gesucht
Meldungen: 5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Charlottenburg
Wilmerdorfer Str. 118/119

Kleide Dich billig, elegant!
Jackelt-Anzüge Cutaway, Ujster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk. Jetzt für **400-500 Mk.** Feiner Damen-Kostüme, Mäntel, enorm billig! Nach besonderer Saison 50% herabgesetzt. Kreuzfäden, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfäden, Keine Leinwandwaren.
im Leihhaus Moritzplatz 58a

Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von N. Lenin

Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	Mk. 4.—
Der „Radikalismus“, die Kinderkrankheit des Kommunismus	Mk. 4.—
billige Ausgabe	Mk. 2,50
Die Weltlage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale	Mk. 1,30
Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats	Mk. 1,20
Das Verhältnis der Kommunisten zum mittleren Bauerntum	Mk. 1,40
Die große Initiative (Der Heroismus der russischen Arbeiter im Hinterland. Die Kommunistischen Samstage)	Mk. 1,00
Erfolge und Schwierigkeiten der Sowjetmacht	Mk. 1,—
An die russische Jugend	Mk. 0,50
Die auswärtige und innere Politik Sowjet-Rußlands	Mk. 1,—
Die gegenwärtige Lage Sowjet-Rußlands	Mk. 0,50
Das Verhältnis der Arbeiterklasse zum Bauerntum	Mk. 1,—
Die Vorbedingungen und die Bedeutung der neuen Politik Sowjet-Rußlands (Ueber Naturalsteuer)	Mk. 1,00

Zu beziehen
durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoyrn Nachf. Louis Cahmbley, Hamburg 11

Botenfrauen sofort gesucht!
Hauptexpedition Breite Str. 8-9
Expedition Reinickendorfer-Str. 126
Expedition Werner Greifswalder Straße 29
Tour: Thorner- und Teufelsbrunn-Str. Woldenberger- und Friedberger-Str.
Expedition Lohmann
Huffiten-Str. 43
Meldung: 10-12 und 8-6 Uhr
Expedition W u g h i
Choriner Straße 68

digen für Röntgenaufnahmen, Dr. Buch, stattgefunden hat. Die Untersuchung der Zähne hat ergeben, daß die Ernährungs- und Hygienezustände der Arbeiter nicht befriedigend sind. In Oberkiefer sind nur noch der linke obere Eckzahn und die Weisheitszähne vorhanden, im Unterkiefer acht Frontzähne. Ein Gebiß hat die Person nicht getragen. In zahnärztlicher Behandlung ist sie nicht gewesen, auch hat sie ihre Zähne selbst nie gepflegt. Die Röntgenaufnahme bestätigt, daß sie am Dammen der rechten und am Zeigefinger der linken Hand Befestigungen gehabt haben muß.

Erwischte Einbrecher. Gegen 5 Uhr früh erwachte der Gastwirt Reuendorf, Gerichtsstraße 52, durch ein verdächtiges Geräusch. Als er sich in sein Lokal begab, bemerkte er zwei Männer, die sich die vorhandenen Vorräte aneignen wollten. Er gab sofort mehrere Schüsse auf die Burschen ab, ohne aber zu treffen. Eine Streife der Schutzpolizei, durch die Schüsse aufmerksam gemacht, eilte sogleich herbei und nahm die beiden Einbrecher fest. Auf der Wache wurden sie als der 45 Jahre alte Arbeiter Otto W. und der 39 Jahre alte Schuhmacher Erdmann Sch. festgestellt.

9. Internationaler Metallarbeiter-Kongress

Kuzern, 9. August 1921.

Die zweite Sitzung des Kongresses war eine sehr arbeits- und ertragreiche. Die Beratungen standen sowohl in Referat wie Diskussion fast durchweg auf hohem Niveau und weit stärker als in Kopenhagen war das Streben fühlbar, dem Geist und den Anforderungen der Zeit gerecht zu werden, in dem Internationalen Metallarbeiter-Bund ein Instrument zu schaffen, das im Klassenkampf des Proletariats breite Massen zur aktiven Betätigung internationaler Solidarität führt. Man erkannte, daß man viel mehr tun müsse, als den Bund in seiner alten Form wieder aufzurichten, daß es die Aufgabe der Tagung ist, aus ihm ein Organ zu machen, das die Umwandlung der kapitalistischen in die kollektivistische Wirtschaft als höchstes Ziel zu verwirklichen trachtet.

Brownlie-England eröffnete als Präsident die Sitzung mit einer sehr temperamentvollen Ansprache, in der er in großen Zügen einen historischen Rückblick auf veränderte Erscheinungen der Arbeiterbewegung warf. Er führte aus: Nachdem der Krieg vieles zerstört, haben wir heute wichtige Arbeit zu leisten. Die Arbeiterbewegung leidet unter starken Spaltungseigenheiten, doch die Streitfragen sind an sich nicht neu. Schon auf dem internationalen Kongress der 1893 in Zürich stattfand, finden wir ähnliche Auseinandersetzungen. Damals wurden die Forderungen der Anarchisten nach direkter Aktion usw. von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt. Heute wird mit großen Geldmitteln Propaganda getrieben für eine sogenannte neue Lehre, die in Wirklichkeit eine sehr alte ist. Die von Russland beliebten Methoden haben nicht der Arbeiterbewegung, sondern dienen letzten Endes in ihren Wirkungen der bestehenden Klasse. Würden die ungeheuren Gelder und Kräfte der Dritten Internationale alle nützlich angewandt, wieviel wertvolle Arbeit könnte damit geleistet werden, und nicht zuletzt im Interesse der russischen Arbeiter selbst.

Hierauf gibt der Sekretär Jig erläuternde Ausführungen zu seinem schriftlich vorliegenden

Bericht des Sekretariats.

Die wichtigste Arbeit unserer Tagung ist die Festlegung der grundsätzlichen Richtlinien unseres Bundes, sowie der taktischen und organisatorischen. Bis zum Krieg war der Bund nicht mehr als ein Auskunfts-Bureau und keine Kampforganisation, dazu hatte er nicht die Mittel, nicht einmal die organisatorischen noch finanziellen. Die früher in dieser Richtung gemachten Anstrengungen scheiterten daran, daß die Landesorganisationen für den internationalen Gedanken zum Teil noch nicht weit genug vorgeschritten waren. Vieles jedoch hat sich seit Kriegsausbruch gewandelt, und es gilt, die Struktur des Bundes der heutigen Strömung anzupassen. Er weist dann auf die intensiven Bemühungen zur Gewinnung auch der kleineren Landesorganisationen des Balkans hin und auf die zwingende Notwendigkeit, in Amerika außer den angeschlossenen Ratsmitgliedern auch die anderen Metallarbeiterorganisationen zu gewinnen. Er fährt dann fort:

Außerordentlich schmerzhaft ist es, daß die Organisation gerade des Landes, wo die Arbeiterschaft, wenigstens formell, die politische Macht seit einigen Jahren besitzt, Russlands, sich nicht angeschlossen hat. Das ganze internationale Proletariat hat die russische Revolution nicht nur mit Begeisterung begrüßt, sondern diese auch in Taten bekundet, leider, ohne bei den Russen Anknüpfung zu finden, deren Methode darin besteht, die alten Organisationen zu sprengen. So haben sie in Westeuropa den Bruderkrieg entfacht, der die Arbeiterschaft schwächt gegenüber der Bourgeoisie. Das Zentralkomitee hat im März d. J. den Beschluß gefaßt, daß Landesorganisationen, die der Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind, dem I. M. B. nicht angehören können, und dem Kongress wird nichts anderes übrig bleiben, als zu erklären, wer in den I. M. B. eintreten will, hat seine Statuten zu respektieren.

Dabei will ich unterstreichen, daß niemand die Russen hindern soll, auf unseren Kongressen eine neue Idee zu verfechten. Solange es eine Arbeiterbewegung gibt, sind wir an große Auseinandersetzungen gewöhnt, die Grenze liegt darin, daß sich die angeschlossenen Organisationen den Beschlüssen zu unterziehen haben.

Er geht dann zur Schilderung der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen und politischen Lage

über, weist auf die ungeheure Arbeitslosigkeit und die Defensivstellung hin, in die das Proletariat wieder gedrängt worden. Die Auswirkungen der politischen Handlungen treffen die Arbeiter in allen Ländern und zwingen sie, neben ihrem gewerkschaftlichen auch ihren politischen Einfluß geltend zu machen. Dabei muß es natürlich jeder Landesorganisation überlassen bleiben, wie sie auf Grund der Bedingungen ihres Landes den Kampf führt. Aber grundsätzlich müssen wir zeigen, wohin der Kurs geht. Nicht überall wird es leicht sein, mit dieser Idee durchzubringen, und wenn es schon teilweise schwer ist in Europa, um wieviel mehr in Amerika. Trotzdem muß diese grundsätzliche Feststellung gemacht werden.

Er verbreitet sich dann über die Umgestaltung des Bundesorgans, der „Internationalen Metallarbeiter-Kundschau“. Will der Bund eine Kampforganisation werden, dann muß er auch mit entsprechenden Mitteln ausgestattet, und zwar sowohl in regelmäßiger Beitragsleistung, als auch durch obligatorische Einführung von Extrabeiträgen, die insbesondere dazu dienen sollen, bedrohten Landesorganisationen im Kampf für grundsätzliche Forderungen zur Hilfe zu eilen. Darin soll das tiefe internationale Solidaritätsgefühl durch Taten zum Ausdruck gebracht werden.

Gewerkschaftliches

Konferenz der Beamten und Gewerkschaften

Am Freitag begann in Berlin die Konferenz der Spitzenorganisationen der deutschen Reichs- und Gemeindebeamten sowie der großen gewerkschaftlichen Organisationen über die Frage, ob ein gemeinsames Vorgehen aller Gehalts- und Lohnempfänger angeht. Die drei großen Eisenbahnerorganisationen: der Allgemeine Deutsche Eisenbahnerverband, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter und der Deutsche Eisenbahnerverband, in vorausgegangen Verhandlungen eine Einheitsfront geschaffen, während die vierte Eisenbahnerorganisation, die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnenbeamten und Anwärter, diesem Bündnis zunächst nicht beitreten konnte, weil sie verpflichtet war, die Entscheidung ihrer Spitzenorganisation, des Deutschen Beamtenbundes, abzuwarten.

Die geführten Verhandlungen, die von Dr. Böster vom Deutschen Beamtenbund geleitet wurden und die bis in die späten Abendstunden dauerten, vereinigten Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings und des Deutschen Beamtenbundes. Weiter waren Vertreter der obengenannten Eisenbahnerverbände, des Transportarbeiterverbandes, des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie anderer zahlreicher Organisationen erschienen. Die Verhandlungen ergaben in einem weniger wichtigen Punkt die volle Übereinstimmung aller Beteiligten. Man verlangte die Beseitigung aller Unterschiede in den jetzigen Teuerungszulagen und in den Zuschlägen zu den Rinderzuschlägen, wie sie durch die Aktionen im letzten Januar entstanden waren.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring brachten die Forderungen zum Vortrag, die sie als unerlässlich ansehen. Danach verlangen sie für die Arbeiter

eine Zulage von 1,50 M. pro Stunde

oder eine Erhöhung des Gesamtlohnes um 3000 M. pro Jahr. Für die Beamten sollte nach dem Vorschlag der genannten Organisationen ebenfalls eine Teuerungszulage von 3000 M. gleichmäßig für alle Kategorien erhoben werden, wobei dieser Betrag auch als „pensionsfähig“ betrachtet werden soll. Der Deutsche Beamtenbund wollte sich mit diesen Forderungen nicht einverstanden erklären, sondern forderte für seine Mitglieder einen Zuschlag von 8500 M. jährlich gleichmäßig für alle Beamtens-Kategorien. Die anderen Organisationen erhoben gegen diese Forderung Einspruch, die alsseitig als zu hoch gepannt betrachtet wurde. Am einen Abbruch der Verhandlungen zu vermeiden, einigte man sich dahin, eine Kommission zu bilden, in der Vertreter aller Organisationen saßen, und in der man auf dem Wege des Kompromisses sich einigen wollte. In dieser Kommission gaben die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes zunächst nach und einigten sich auf eine Forderung von 3000 M. Als dann das Plenum wieder zusammentrat, erhoben die zahlreichen anwesenden Vertreter der Beamtensorganisationen jedoch Einspruch, und der Deutsche Beamtenbund erklärte nunmehr, daß er für seine Mitglieder eine Mindestforderung in Höhe von 4200 M. erheben müsse. Es wurde versucht, auf dieser Basis mit den anderen Organisationen zu einem Kompromiß zu kommen, doch scheiterte dieser Vorschlag.

Damit scheint ein gemeinsames Vorgehen in Frage gestellt zu sein, was zur Folge hätte, daß die gesamte Aktion an Stohkraft verliert und dadurch die Arbeiter und Beamten noch länger auf die dringend notwendige Aufbesserung ihres Einkommens warten müssen.

Die Mandatsverteilung zum Metallarbeiterverbandstag

Das Endergebnis der Delegiertenwahl zu dem demnächst stattfindenden Verbandstag der Metallarbeiter hat nach einem Privattelegramm unseres Korrespondenten von den 780 Mandaten für die Amsterdamer Richtung 686 Mandate und für die Moskauer Richtung 113 Mandate ergeben. 1 Mandat hat ein Parteilofer erhalten.

Nach einer im „Vorwärts“ veröffentlichten Aufstellung ist das Ergebnis der einzelnen Städte folgendermaßen:

	epd.	uepd.	epd.	Parteilos
Berlin	27	50	—	—
Düsseldorf	12	3	—	—
Brandenburg	12	6	4	—
Breslau	26	7	5	—
Dresden	42	47	11	—
Erfurt	6	18	11	—
Essen	36	20	12	—
Frankfurt	40	9	10	1
Hagen	16	19	21	—
Halle	24	16	—	—
Hamburg	39	13	—	—
Hannover	20	5	—	—
Höln	26	4	4	—
Rürnberg	18	17	15	—
Stettin	8	3	4	—
Königsberg	1	4	—	—
Stuttgart	49	19	17	—

Trotz dieses geradezu trostlosen Resultats für die Moskauer macht die „rote Fahne“ den Versuch, die Niederlage der Kommunisten in einen Erfolg umzuwandeln. Dabei verschweigt sie auch noch geistlich, daß ein nicht geringer Teil der gewählten Kommunisten vor ihrer Wahl eine der gewerkschaftlichen Auffassung der „Roten Fahne“ entgegenstehende Erklärung abgegeben hat. Bemerkenswert ist der Ausfall der Moskauer in Halle. Eine Zeitlang war Halle eine Hochburg der Kommunisten. Insbesondere die Metallarbeiter hatten sie völlig in ihrer Hand. Aber die kurze Zeit kommunistischer Gewerkschaftsarbeit gab den Halleischen Metallarbeitern in Verbindung mit dem schändlichen Treiben beim

Osterrußisch eine so gründliche Lehre, daß die Kommunisten im Bezirk bedeutungslos geworden sind.

Die „rote Fahne“ hat auch keine Veranlassung, über die große Zahl der S. P. D.-Mandate verwundert zu sein; denn nachdem unsere Parteigenossen ihre ganze Kraft daran setzen mußten, das gemeingefährliche, arbeiterschädliche Treiben der Kommunisten zu bekämpfen, mußte die Tätigkeit für eine Schulung und Revolutionierung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter behindert werden.

Ein würdiges Mitglied des Reichswirtschaftsrates

Herr Hofrat Dr. Friedrich Koesch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, ehrenamtlicher Leiter der Genossenschaft Deutscher Tonleger, scheint auf Grund seines eigenen Vermögens nicht zu wissen, was heute erwachsene Menschen zur notdürftigen Erziehung ihren Lebensunterhalt benötigen.

Der edle Herr Hofrat zählt den in der Genossenschaft beschäftigten 20—30 jährigen weiblichen Angehörigen horrenden Gehälter von M. 200.— bis M. 250.— pro Monat. Er verlangt hierfür nicht nur halbtägige, sondern auch ganztägige Beschäftigung. Den Versuch einer Gehaltsaufbesserung beantwortet er mit einer künstlich konstruierten Entlassung und glaubt sich bei all diesen sozialen Maßnahmen noch vollkommen im Recht.

Was sagt der Reichswirtschaftsrat zu diesem seinem Mitglied, das die Arbeitskraft seiner Angestellten unter einer Bezahlung, die gegen die guten Sitten verstößt dazu benutzt, um das Einkommen der mit Riesenerlösen arbeitenden Tonleger zu vergrößern?

Uns erscheint es nicht angängig, daß Leute mit einer derartigen Gewinnung, gestützt auf Titel und ehrenamtliche Tätigkeit, sich in Würden und Ämtern setzen, statt zum Ausgleich der sozialen Lasten und zu einer Milderung der Notlage der Angestellten beizutragen.

Beendiger Streik in der Zigarettenindustrie

Die Arbeitsaufnahme in der Zigarettenindustrie ist am 10. August mit Zustimmung aller streikenden und ausgesperrten Arbeitnehmer und dem Metallarbeiter-Verband erfolgt.

Damit wurde ein sechswochiger Kampf in der Arbeiterbewegung zu Ende geführt, bei dem alle Maßnahmen der Unternehmung, die Zulassung von Mitteln, wie sie in der Arbeiterbewegung bis jetzt nicht angewendet wurden, den Arbeitnehmern eine Niederlage zu bereiten, zuchanden gemacht wurden.

Einmütig mit vollem Erfolg wurde die Arbeit aufgenommen.

Die Behörden-Angestellten und die Teuerung

Da die jetzt gezahlten Gehälter für die Behörden-Angestellten angesichts der immer mehr um sich greifenden Teuerung unzulänglich sind, hat der Allgemeine freie Angestellten- (Afa) Bund bei der Reichs- und der Preussischen Staatsregierung den Antrag gestellt, die Gehaltsbezüge der Angestellten allgemein, insbesondere aber die der Jugendlichen und der in den unteren Vergütungsgruppen des Reichsstatistikerfortrages vom 4. Juni 1920 eingereichten Behörden-Angestellten einer durchgreifenden Aufbesserung zu unterziehen.

Dankbarer und Berufsgenossen! Der Stundenlohn erhöht sich gemäß des Reichstarifs um 0,60 Mark. Nachzahlung hat vom 22. Juli ab zu erfolgen. Wo bis Sonnabend, den 20. August, nicht gezahlt wird, erwarten wir in der Versammlung am 21. August Mitteilung, spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden. — Der Vorstand.

Arbeitersport

Arbeiter-Kabarett-Kreis Groß-Berlin. Touren am Sonntag vorm. 4 Uhr und Teupitz. Nachm. 1 1/2 Uhr nach Johannisthal bei Potsdam, Studentenausschritt. Stadt Mariannenplatz bei Biesig.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 13. August

1. Bezirk (Berlin-Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Vorkonferenz bei Dams, Schlegelstraße 9.

Sonntag, 14. August

Verwaltungsbezirk Kreuzberg (Distrikte 15, 16, 20) und Bezirk 4 (Tiergarten). Von 2 Uhr ab Sommerfest auf dem Hof. Eintritt 2 M., Kinder frei. Die nicht verkauften Billets müssen bis 5 Uhr an der Postkasse abgeliefert sein, bis dahin nicht zurückgegebene Billets müssen bezahlt werden.

1. Bezirk (Berlin-Mitte). Zur Demonstration nach Spandau treffen sich die Genossen mittags 1/2 Uhr am Dranien-Platz, Straßenbahnhaltestelle. Radfahrer 2 Uhr, Spandau, Wilhelm-Platz, Cafe Völkischer Straße.

11. Bezirk. Treffpunkt aller Genossinnen, Genossen und Kinder 12 Uhr mittags (Vahlsdorf-Weltzien). Hohe Beteiligung zum Sommerfest der Spandauer Genossen wird erwünscht.

15. Bezirk. Die Genossen, welche nach Spandau fahren, benutzen diezüge des Schiffsverkehrs Bahnhof 11.46 und 12.46 Uhr, ab Riesen-Platz (Hauptbahnhof) 11.56 und 12.52 Uhr bis Spandau-Weiß. Dort Treffpunkt des Bezirks.

16. Bezirk und Straelen. Zum Volksfest in Spandau fahren die Genossen 12.46 Uhr vom Schiffsverkehr Bahnhof nach Spandau-Weiß. Die Straelauer Genossen helfen Schiffsverkehr Bahnhof am. Die Ordnung mit Umbinden müssen pünktlich zur Stelle sein.

Bezirk Spandau. Vorm. 1/2 Uhr hat der gesamte Festausflug und der Vortrag im Clubhaus Karlshof, Hakenweg, zu erfolgen. Die Eintrittskarten zum Sommerfest sind spätestens am Sonntag im Festlokal mit Genossen Körper abzugeben.

Montag, 15. August

15. Verwaltungsbezirk, Teupitz. Abends 7 Uhr Fraktionsführung im Rathaus 4 Teupitz, Zimmer 50.

Bereinstalender

Sonntag, 14. August

Transportarbeiter-Verband, Session 5. Industriearbeiter, Schilderemacher, Heiler, Küstler und Arbeiter. Vorm. 10 Uhr außerordentliche Delegiertenversammlung im Lokal von Haas, Engelstraße 14.

Montag, 15. August

Schilderemacher, 5 Uhr Brandenerversammlung bei Volkshilfer, Wabertstr. 21. Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern vor dem Schlichtungsausschuß.

Arbeiter-Kabarett-Kreis Berlin und Umgebung e. V. Abends 7 Uhr Delegierten- und Bundesversammlung bei Raloh, Kaiserstr. 40-41. — Lichterberg Kabarett. Mittw. abends 7 1/2 Uhr Versammlung betreffs Vereinsgründung bei Weg Brandt, Berlin O 112, Blumenhallerstr. 27.

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Vorm. 10 Uhr im Kottbuser Hof, Kottbuser Str. 11-12, Betriebsraterversammlung der Untergruppe Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Tagesordnung: Die Wahl der Beiräte zum Gewerkschaftsrat. Die Stellungnahme der Betriebsvereinigungen bei Rindigungen und Entlassungen.

Verantwortlich: für Politik u. Propaganda: Leo Dieckhoff, Berlin-Friedrichshagen; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: J. B. Kober, Berlin; für den Internat. und geschäftliche Mitteilungen: E. u. M. S. e. r. u. e. z., Charlottenburg. — Verlags-Gesellschaft „Arbeit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 84.

Neue Haut
erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung durch die **echte Vater-Philipp-Schälkur** 4 9 M. vom Tutogen-Laboratorium, Dresden-Zschschwitz 147, schält Pickel, Mitesser, Sommerprossen, Hautunreinigkeiten usw. ab, läßt anmutige junge Haut vom Vorschein kommen. Erhältlich in Elektropotheken, Leipziger Straße, und Drogerien Bastianstraße 2, Fehrmannstraße 3, Reinickendorfer Straße 119, Charlottenstraße 76, Paasow, Prinzstraße 6.

Wo gibt's die billigsten Seifen
bei Seifenschneider, Pücklerstraße 44.

Spezial-Behandlung
für alle Geschlechtskrankheiten
heil Männer u. Frauen schnell, schmerzlos, u. mögl. ohne Berufsunfähigkeit
Kellnerstr. C. Weissert, Brunnenstraße 191, Höhe Rosenhain Platz.
Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen.
Sprechst. 10-12 u. 4-7. Sonntags 10-12. Untersuchung kostenlos.

Tiefen Tognipum
bereitet man vorlieblich mit Schöpfel. Man läßt eine H.-Portion für 75 Pf. in 1/2 Liter warmen Wassers auf und verwandelt diese Lösung die Zufert. Schöpfel schmeckt völlig rein, ist billig und bekömmlich. Erhältlich in Kolonialwaren, Drogerien, Apotheken und Apotheken.

Genossen und Genossinnen kauft nur bei unseren Inserenten!

Soeben erschienen
G. Sinowjew
Die Kämpfe der Kommunistischen Internationale
Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, gegeben auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Moskau, Juni 1921.
107 Seiten
Preis broschiert 1.50 Mk.
geb. 6.— Mk.
Zu beziehen durch: Verlagsbuchhandlung Carl Hoyrn Nachf., L. Cahnbley, Hamburg VIII und durch alle Buchhandlungen u. Auslieferungstellen d. V. K. P. D.